

Daniela Rüter

DIE SEX- BESSEN- HEIT DER AFD

Rechte im »Genderwahn«





Gedruckt auf Recyclingpapier,
Umschlag aus 100 % baumfreiem Papier,
Upcycling aus Zuckerrohrrückständen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0694-9

Auch als E-Book erhältlich: ISBN 978-3-8012-7064-3

Copyright © 2025 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Tel. 0228/18 48 77-0 | info@dietz-verlag.de

Umschlag/Reihengestaltung: Petra Bähler, Köln
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: Plump Druck & Medien GmbH, Rheinbreitbach
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2025

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Intro	7
Dilettantismus auf parlamentarischem Parkett und als Familienpolitik getarnte Bevölkerungspolitik	10
Hintergründe: Von Rechten in Europa und aus der Geschichte gelernt	19
Parlamente als Propagandabühne für Sexbesessene	28
Schüren »undemokratischer Emotionen« in den Medien	35
Kampfbegriff Gender – rechte Erfolgsformel in den Parlamenten	42
Das Target der AfD: Geschlechterforschung	57
Verschiebung des Diskurses nach rechts: »Gendersprache«	76
Ausblick	101
Anmerkungen	107
Quellen	125
Literaturverzeichnis	130
Über die Autorin	141

Intro

Die AfD scheint sexbesessen zu sein. Regelmäßig bespielt die rechtsautoritäre Partei in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten alle möglichen und unmöglichen Themen rund um Sexualität und Geschlechtlichkeit. Es geht um »Volks«-Vermehrung und Geburtenzahlen, Homosexualität, Transsexualität, Sexualaufklärung und so fort.

Die AfD ist mit ihrer Besessenheit von Geschlechterfragen nicht allein, auch in anderen Ländern fixiert sich die autoritäre Rechte auf diese Themen. Neu ist das nicht. Schon immer kreisten völkische Ideen rund um Mutterschaft, hierarchische Zweigeschlechtlichkeit und patriarchale Familienvorstellungen. Das einzig Innovative an der heutigen Besessenheit der AfD von Geschlechterthemen sind die Etiketten, die Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch nicht zur Verfügung standen: Komposita rund um das Wort Gender – »Genderwahn«, »Gendergaga«, »Genderideologie«, »Gendersprache«. Mittlerweile vermögen die Kunstwörter quer durch alle gesellschaftlichen Schichten emotional zu zünden und Menschen auf die Palme zu bringen. Dass es im Kern um die Gleichstellung der Geschlechter geht, ist offensichtlich kaum noch jemandem klar, der oder die sich über Themen rund um Gender erregt. Noch weniger gelangt in die Öffentlichkeit, dass die AfD in den Parlamenten fortwährend die Thematik befeuert, sodass die Parlamentarier*innen der anderen Parteien längst den Eindruck erhalten haben, dass die AfD selbst vom »Genderwahn« befallen ist. Den Spieß umzudrehen und

den von der AfD in diffamierender Weise benutzten rechten Kampfbegriff »Genderwahn« auf sie selbst anzuwenden, erscheint mehr als berechtigt.

Vom »Genderwahn« der AfD in den Parlamenten dringt wenig ins allgemeine Bewusstsein, weil in den Medien viel über Provokationen der AfD, aber wenig über die Gegenwehr der demokratischen Parteien berichtet wird. Ist nicht ohnehin die Migration das Kernthema der rechtsautoritären Partei? Wie hängt der »Genderwahn« der AfD damit zusammen?

Der Blick in den Bundestag und die Landtage vermag den engen Zusammenhang zu erhellen. Er legt gleichzeitig offen, wie die AfD praktisch politisch agiert – und wie die anderen Parteien darauf reagieren. Die negativ emotionalisierenden Propagandatechniken, die die AfD in den Sozialen Medien nutzt, sind in Plenarsälen und Ausschüssen nicht gefragt. Neue Strategien und Taktiken musste die rechtsautoritäre Partei für die Parlamente jedoch kaum entwickeln, wie das Beispiel des Themas »Genderwahn« illustriert. Zeitlich vor der AfD hatte eine Partei aus dem äußersten rechten politischen Spektrum den Anti-Genderismus in bundesdeutsche Landtage getragen und das Instrumentarium für die propagandistische Nutzung der Parlamente gleich mitgeliefert und erprobt: die NPD. Sie orientierte sich offen am historischen Vorbild des Nationalsozialismus. Doch auch ohne den Umweg über die NPD sind im Vorgehen der AfD in den Parlamenten Anleihen beim Nationalsozialismus festzustellen, gleichfalls aber auch bei der protofaschistischen Bewegung der Antifeministen des Kaiserreichs. Wer keine eigenen Ideen hat, bedient sich aus der Geschichte.

Das zeitigt durchaus Erfolge. Wird näher in die Parlamente hineingezoomt, zeigt sich, dass sich der Diskurs über Themen der Geschlechtergerechtigkeit im Laufe der Zeit politisch deutlich nach rechts verschiebt

Dilettantismus auf parlamentarischem Parkett und als Familienpolitik getarnte Bevölkerungspolitik

Berlin, 23. April 2021. Die dritte Welle der Corona-Pandemie führt wieder zu erhöhten Erkrankungszahlen in Deutschland. Vor wenigen Tagen fand eine Gedenkfeier für die Opfer der Pandemie statt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach in seiner Rede im Konzerthaus in Berlin von einer »schweren Zeit«.¹ Im Plenarsaal des Deutschen Bundestages steht an diesem Freitag, dem Ende der Plenarwoche, der familienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion am Rednerpult. Martin Reichardt ist Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der AfD, der 2023 vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextrem« eingestuft wurde.² Er ist der erste Redner in einer Debatte um zwei Anträge seiner Partei, die Familien entlasten sollen – durch Einführung eines Familiensplittings und eines zinsfreien Kinderkredits. Ein positives Programm in einer für alle, besonders auch für Familien belastenden Zeit. So scheint es.

Was die AfD mit ihren Anträgen für Familien leisten will, steht jedoch erstaunlicherweise für den Redner gar nicht im Vordergrund. Reichardt konzentriert sich darauf, ein dunkles Szenario an die Wand zu malen, das so gar nicht geeignet erscheinen will, in der »schweren Zeit« Hoffnung zu verbreiten. Dramatisch mahnt er: »Die Folgen der demographischen Katastrophe werden immer offensichtlicher. Seit

einem halben Jahrhundert leistet sich Deutschland eine der weltweit niedrigsten Geburtenraten. Anstatt eine aktivierende Familienpolitik zu betreiben, setzt die Regierung auf Masseneinwanderung [...].³ Seine Fraktionskollegin Mariana Iris Harder-Kühnel steigert die apokalyptische Vision wenig später noch: »Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land. [...] Die Bevölkerung wird immer älter. Die Sozialsysteme kollabieren.«⁴ Anspruch von Politik müsse es sein, die Interessen »des eigenen Volkes im Allgemeinen und der Familien im Besonderen« zu vertreten; Deutschland dürfe sich nicht abschaffen.⁵ – Es geht der AfD also gar nicht so sehr um Familienpolitik als um Bevölkerungspolitik. Eine Überraschung war das nicht, denn das Ganze war eine Wiederholung.

Was die AfD-Abgeordneten zur Begründung ihrer Anträge vorbrachten, hatten sie beide in ähnlicher Form wenige Monate zuvor an selber Stelle bereits ausgeführt. Im November 2020 hatte Reichardt im Bundestag unter anderem gesagt: »Seit 1972 gibt es in Deutschland ein Geburtendefizit. [...] Deutschland überaltert, und das hat weitreichende Folgen für unsere Sozialsysteme, für unsere Rentenkasse und damit für den sozialen Frieden in Deutschland.«⁶ Und Harder-Kühnel hatte wieder eine Überspitzung parat: »Meine Damen und Herren, Deutschland ist nicht von einer klimatischen, sondern von einer demografischen Katastrophe akut bedroht.«⁷

Im November 2020 hatte die AfD ein ganzes Bündel an Anträgen zur Familienpolitik in den Bundestag eingebracht, darunter auch ein »Baby-Willkommendarlehen« in Höhe von 10.000 € für Elternpaare,⁸ das dem im April 2021 präsentierten »Kinderkredit« ähnelte. Ein Antrag mit exakt der

gleichen Forderung nach einem »Baby-Willkommensdarlehen« war Jahre zuvor schon auf Landesebene parlamentarisch eingereicht worden, so im Sommer 2016 in Brandenburg.⁹ Die Partei kopierte sich also selbst.

Darüber hinaus hatte sie im November 2020 im Programm: die Senkung der Mehrwertsteuer für Babywindeln auf sieben Prozent, die Forderung einer Öffentlichkeitsoffensive, um die Drei-Kind-Familie zu fördern, die stärkere Kontrolle der Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung und die Einflussnahme auf Schulen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wo stärker die Bedeutung von Geburten und des Schutzes des ungeborenen Lebens betont werden sollten.¹⁰ Auch hier hatte die AfD Inhalte aus vorhergehenden Anträgen, die sie bereits erfolglos in den Bundestag eingebracht hatte, recycelt.

Die CDU/CSU-Abgeordnete Bettina Margarethe Wiesmann wies darauf entnervt und mit spöttischen Unterton hin: »Wir haben hier heute Vormittag ein vertrocknetes Sträußchen an Wünschen der AfD an die Familienpolitik zu besprechen, das Sie erkennbar unter großen Mühen zusammengepflückt haben.«¹¹ – Das Protokoll verzeichnete an dieser Stelle Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, SPD, der Linken und des Bündnisses 90/Die Grünen. – Es seien, fuhr sie fort, »zumeist schlappe Wiederholungen des immer Gleichen«. Dabei zeigte sie auf, dass der Wunsch nach Umsatzsteuerabsenkung für Babywindeln schon Teil des Antrags der AfD vom März 2019 gewesen sei, den der Bundestag abgelehnt habe. Auch der Wunsch der AfD nach Zensur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei nicht neu. Das sei bereits ein Jahr zuvor Thema in einer Aktuellen Stunde im Bundestag gewesen.

Einhellig lehnten alle Parteien alle Anträge der AfD im Bundestag mit deutlichen Worten ab, sowohl im November 2020 als auch im April 2021. Die Bandbreite reichte von »rassistischer Humbug« (Nicole Bauer, FDP) und »offensichtlicher Unsinn« (Norbert Müller, Die Linke), über die Formulierung »vermieftes und veraltetes Modell« (Beate Walter-Rosenheimer, Bündnis 90/Die Grünen)¹² bis hin zu »unterkomplex« (Markus Herbrand, FDP), »Quatsch« (Michael Schrodi, SPD), »Schrott« (Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen) und »Schwachsinn« (Dr. Wiebke Esdar, SPD).¹³ Eine drastische Wortwahl. Offensichtlich waren die Abgeordneten vollkommen entnervt, sich mit den Anträgen der AfD befassen zu müssen. Unisono durchschauten Politiker*innen aller Fraktionen die politische Zielrichtung der AfD, »unter dem Deckmäntelchen Familienpolitik ihre eigentlich völkische, nationale Bevölkerungspolitik« zu verkaufen, wie beispielsweise die SPD-Abgeordnete Leni Breymaier formulierte.¹⁴ Niemand fand sich, der oder die Einschnitte in die freie Presse, ein beim ersten Kind automatisch ausgezahltes staatliches Zwangsdarlehen und die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung gutgeheißen hätte. In unterschiedlichen Worten wiesen die Abgeordneten der demokratischen Parteien die Forderungen der AfD als »ins letzte Jahrhundert« gehörend zurück, so die Formulierung von Beate Walter-Rosenheimer vom Bündnis 90/Die Grünen.¹⁵ Leni Breymaier (SPD) brachte es auf den Punkt: »In keinem einzigen Antrag geht es darum, das Leben der Menschen einfacher zu machen, sondern in den Anträgen geht es darum, gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zurückzudrehen und sich im Mief der 50er Jahre zu suhlen«.¹⁶